

SYSTEMRELEVANT 88

Investitionen, Europa, Inflation: IMK-Direktor Sebastian Dullien beschreibt die Herausforderungen für die neue Regierung und erklärt, warum 2022 ein Schlüsseljahr für das Land wird.

Marco Herack:

Heut ist Dienstag, der 18. Januar 2022. Willkommen zur 88. Ausgabe von Systemrelevant. Sebastian Dullien, ich grüße dich.

Sebastian Dullien:

Hallo Marco.

Marco Herack:

Du bist der Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, bekannt als IMK, bei der Hans-Böckler-Stiftung und du schuldest mir jetzt einen Schnaps.

Sebastian Dullien:

Trinken wir den on Air oder erst danach?

Marco Herack:

Besser danach. Jedenfalls auch für dich ein herzliches Willkommen in 2022. Und da wir heute ja über das kommende Jahr reden, habe ich dazu gar keine weiteren Fragen mehr an dich, sondern komme gleich zu den Vorabhinweisen. Denn wie immer vorweg für euch, wenn ihr uns erreichen möchtet, um Ideen, Fragen oder Unmut kundzutun, dann könnt ihr uns beispielsweise auf Twitter antickern @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen bitte einfach an uns schicken und wir freuen uns, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Wenn ihr Twitter nutzt, dann findet ihr Sebastian dort als @SDullien, also Sebastian Dullien. Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute über die wirtschaftspolitischen Herausforderungen des Jahres 2022 unterhalten, Sebastian. Und da hat der Robert Habeck ja schon ganz gut vorgelegt in einer Pressekonferenz letzte Woche: Alle müssen viel tun. Wir werden das aber sicherlich noch etwas ausdifferenzieren. Fangen wir mal mit dem Geld an. Im Deutschlandfunk höre ich ständig, wie viel Geld seit der Pandemie rausgehauen wurde. Und der Haushalt und alles ganz schlimm und jetzt müssen wir doch aber auch mal langsam wieder ein bisschen anfangen zu sparen. Also da schwingt immer so ein böses Ende mit, dass wenn wir uns jetzt nicht langsam mal mäßigen. Deswegen, 2022, ist das jetzt das Jahr des großen Sparens?

Sebastian Dullien:

Nein. Weder von dem, was, glaube ich, notwendig ist noch von dem, was die Ampelregierung oder die Ampelkoalition da jetzt so angelegt hat in dem, was sie angekündigt hat. Ich fang mal an bei der Frage, was notwendig ist. Natürlich ist relativ viel Geld jetzt ausgegeben worden zur Stabilisierung in der Corona-Krise. Ich glaube, in der Summe ist das ganz gut angelegtes Geld gewesen, weil dadurch verhindert worden ist, dass die Wirtschaft stärker abstürzt, dass mehr Menschen arbeitslos werden, dass mehr Unternehmen pleite gegangen sind. Aber jetzt, wenn ich in die Zukunft gucke, da muss man doch eigentlich sich ansehen, was sind die Herausforderungen für Deutschland, was braucht Deutschland, um zukunftsfest zu

werden und da muss man gucken, was man dafür machen muss. Und aus unserer Sicht sind die großen Herausforderungen, wir stehen am Beginn von einer Dekarbonisierungsphase. Also das Ziel ist ja, bis Mitte des Jahrhunderts vollkommen CO₂-neutral zu werden für die deutsche Wirtschaft. Und da muss sehr, sehr viel für umgebaut werden. Gleichzeitig haben wir – haben wir ganz oft schon drüber gesprochen – jetzt relativ lange unsere öffentliche Infrastruktur vernachlässigt. Das sieht man daran, wenn Brücken gesperrt sind, wenn Schlaglöcher in der Straße sind, wenn die Züge nicht richtig fahren, wenn die Fenster aus den Schulgebäuden fallen und solche Sachen. Und wir haben natürlich so Herausforderungen wie Digitalisierung und Demografie. Und für all das, da muss man jetzt gewisse Vorkehrungen treffen. Und da gibt es verschiedene Schätzungen für. Da haben wir auch häufiger drüber gesprochen. Vor zwei Jahren hatte das IMK ja mit dem Institut der Wirtschaft zusammen mal so eine Aufstellung gemacht, was brauchen wir bei traditioneller Infrastruktur und frühkindlicher Bildung und so was. Und wir waren auf 457 Milliarden Euro über zehn Jahre dabei gekommen.

Aber da fehlten noch ein paar Dinge. Nämlich damals gab es noch ein anderes Klimaziel. Damals hatte die EU noch gesagt, bis 2030 wollen wir den CO₂-Ausstoß um 40 Prozent reduzieren. Und das Ziel ist jetzt angespitzt worden und das soll jetzt 55 Prozent sein. Das ist schon noch mal ein ganzes Stück mehr. Das heißt, da muss mehr Geld für ausgegeben werden. Und wir hatten auch tatsächlich in unserer Schätzung bestimmte Kosten der Dekarbonisierung nicht drin. Also wir hatten traditionelle Investitionen drin, aber wenn man jetzt unsere Industrie auch in ein postfossiles Zeitalter rüber retten will, muss man wahrscheinlich da gewisse Produktionssubventionen eine Zeit lang bezahlen für neue Technologien. Das kostet auch noch mal Geld. Und wenn man das jetzt alles so zusammenrechnet, dann sind wir irgendwo wahrscheinlich bei 600 Milliarden Euro bis 800 Milliarden Euro an Bedarfen für Investitionen und Dekarbonisierung, die der Staat über die nächsten zehn Jahre aufbringen und zahlen muss. Und da muss man jetzt einsteigen. Und das zeigt dann schon, na ja, also so richtig mit insgesamt weniger ausgeben kommt man wahrscheinlich nicht dahin.

Marco Herack:

Ich glaube, was halt bei dem Thema auch nicht ganz unwichtig ist, ist, wenn man jetzt beginnt, dieses Geld auszugeben, dann ist auch ganz klar, das ist Geld, was man auch schon hätte eher ausgeben können und vielleicht auch sollen. Also das ist jetzt nicht unbedingt Geld, was wir sparen würden, wenn wir es nicht ausgeben, sondern wir potenzieren nur unsere Probleme hinten raus.

Sebastian Dullien:

Ja, der Punkt ist ja, dass wenn ich das Geld später ausbebe, wird es möglicherweise teurer. Also eigentlich, wir sehen das jetzt schon, wir haben gewisse Engpässe beim Bau bei bestimmten Dingen und wenn man jetzt einen Teil dieser Investitionen früher gemacht hätte in den Jahren, wo man mehr freie Kapazitäten hatte, dann wäre das wahrscheinlich in der Summe billiger gewesen. Je länger man wartet, desto mehr CO₂ stößt man bis dahin noch aus und das muss man hinterher wieder auffangen. Und eine ganz schnelle Umstellung der Technologien ist immer teurer, als wenn man das so ein bisschen graduell macht.

Marco Herack:

Was man ja dann auch an den Brücken gerade sieht. Da kam doch letzte Woche erst die Nachricht, 400 statt 200 Brücken müssten da in gewisser Regelmäßigkeit saniert werden.

Sebastian Dullien:

Ja, wahrscheinlich. Es ist ja auch im Grunde beim Dach beim Haus so. Wenn eine Dachpfanne fehlt, das kann dann vielleicht der Dachdecker in einer Stunde machen. Aber wenn dann das Wasser reingelaufen ist und der Dachstuhl verfault ist, dann wird es halt richtig teuer.

Marco Herack:

Okay, also wir müssen Geld ausgeben, um Geld zu sparen, was ja so ein bisschen kontraintuitiv klingt. Dann haben wir ja noch dieses schöne Thema Schuldenbremse, die ja irgendwie dann nicht abgeschafft wird, aber wo man bei der Ampel zumindest den Willen verspürt, so einen gewissen kreativen Finanzierungsspielraum zu nutzen.

Sebastian Dullien:

Also da gab es ja auch in den sozialen Medien eine Diskussion drüber, ob jetzt eigentlich das, was da passiert, nur eine Fortsetzung ist von dem, was Schäuble früher auch schon gemacht hat, also möglichst wenig Kredite aufzunehmen und auch dann zu wenig zu investieren. Und tatsächlich ist halt in dem Koalitionsvertrag angelegt, dass man ziemlich viel zusätzliche Kredite aufnehmen kann die nächsten vier Jahre. Da gibt es so eine Reihe von Dingen, die sind für den nicht so informierten Leser, die Leserin, die sehen das vielleicht gar nicht, aber da sind echt ziemlich dicke Dinger drin. Die sind, ja, kann man sich jetzt drüber streiten, ob es da Verfassungsprobleme mit gibt oder Probleme mit dem Grundgesetz. Da hat die Union ja schon angekündigt, dass sie möglicherweise nach Karlsruhe gehen würde. Aber grundsätzlich sind da echt ganz schön große Volumina drin. Also wir kommen, wenn man das alles zusammenrechnet, auf eine Größenordnung, die durchaus 200 Milliarden Euro für diese Legislaturperiode sein könnte, also zusätzliche Kredite, Ausgaben jenseits dessen, was man so bei der bisherigen Anwendung der Schuldenbremse und der Verwendung von öffentlichen Unternehmen hätte leihen können.

Marco Herack:

Aber die Politik muss ja auch so ein bisschen an die Zukunft denken. Also die Transformation, über die wir da sprechen, die wird ja auch noch, na ja, in 2024 oder 2030 Geld kosten. Also man muss ja schon so eine Balance auch wahren dann.

Sebastian Dullien:

Ja und ich meine, das ist genau das Problem. Wir haben jetzt ein paar Dinge dabei, also vielleicht reden wir da einmal ganz kurz drüber, was die Koalition, eine der Sachen, die sie sich vorstellen, ist eben, dass man, das haben sie jetzt auch schon gemacht, 60 Milliarden Euro an nicht genutzter Kreditermächtigung aus dem Jahr 2021 in den Energie- und Klimafonds geschoben. Also das war aus den Corona-Paketen. Und dieses Geld wollen sie jetzt die nächsten Jahre ausgeben. Das ist schon mal, ja, relativ viel. Das sind ja fast 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, die

man sich da einfach jetzt als Reserve reingeschoben hat. Und jetzt haben sie schon angekündigt, dass sie so was Ähnliches auch für 2022 machen wollen. Also 2022 ist ja auch noch ein Jahr, wo wegen der Corona-Pandemie die Schuldenbremse noch nicht wieder greift. Das heißt, da kann man eigentlich auch noch mehr Kredite aufnehmen und da ist schon angekündigt worden, da denken sie auch oder prüfen sie auch, wie man den EKF jetzt noch mal damit wieder aufstocken kann. Keine Ahnung, an wie viel da die Koalition gedacht hat, aber wenn man da noch mal 60 Milliarden Euro nimmt, dann hätte man schon 120 Milliarden so als Reserven für die nächsten Jahre. Aber, wie du richtig gesagt hast, wenn man das jetzt diese Legislaturperiode ausgibt, dann kann ich das nicht noch mal in der nächsten Legislaturperiode machen. Also klar, wenn da eine neue Pandemie kommt oder was auch immer, dann könnte man wieder diesen Trick machen, aber wir hoffen ja mal, dass wir ein paar Jahre ohne solche Katastrophen durchkommen und dann fehlt eben dieses Geld für die nächste Legislaturperiode.

Da ist es dann nicht ... Oder was heißt – nicht das Geld fehlt, da ist dann der Spielraum eben nicht da, das so zu machen. Das ist nach unserer Analyse tatsächlich ein kleines Problem. Also so gut das ist, dass man jetzt da auch ordentlich investiert – da haben wir auch hier im Podcast schon häufiger drüber gesprochen – wir haben ja das Problem, dass wir in bestimmten Bereichen nicht die Kapazitäten haben. Wir haben bei den Kommunen nicht die Planungskapazitäten, wir haben bei einigen der Unternehmen nicht die Kapazitäten, jetzt so viel zu bauen, wie da gerne gewünscht ist. Und die Unternehmen und auch die Kommunen, die werden ihre Kapazitäten nur dann ausweiten, wenn sie sicher sein können, dass das über einen längeren Zeitraum so geht, also dass da investiert wird, weil ich stelle jetzt nicht jemanden ein, den ich nur ein Jahr lang brauche. Also insbesondere, wenn ich den noch schulen muss oder ausbilden muss. Und da ist das eben ein bisschen blöd, dass wir nicht wissen, wie es nach, ja, 2025 dann weitergeht.

Marco Herack:

Okay. Also dazu kannst du auch noch gar nichts sagen, das wird einfach noch nicht verhandelt momentan.

Sebastian Dullien:

Nein, das steht natürlich ... also klar, die Koalition kann ja keinen Haushalt machen für 2026 oder so was. Da ist sie vielleicht gar nicht mehr an der Regierung. Aber was wir immer gesagt haben, auch mit dem IW zusammen vor zwei Jahren, man sollte am besten einen zehnjährigen Planungshorizont haben, also sagen, das und das sind die Projekte oder ungefähr die Sachen, die wir in zehn Jahren machen wollen und da haben wir eine Finanzierung. Und schon die letzte Regierung, die große Koalition, hat ja mit Olaf Scholz als Finanzminister dann ganz oft die Mittel, die da waren, die sich irgendwie ergeben haben, für mehr Investitionen ausgegeben. Das ist kurzfristig ganz schön, weil man immer jedes Jahr ein bisschen mehr ausgeben konnte, aber da fehlte eben auch diese langfristige Planungsperspektive, womit dann die Unternehmen und die Verwaltungen sich darauf einstellen konnten. Und das fehlt jetzt, obwohl das jetzt schon größer und wenigstens eine Vier-Jahres-Perspektive ist, aber leider auch.

Marco Herack:

Ja, aber ich rätsele gerade so ein bisschen rum. Also das sieht so ein bisschen aus wie klassische Demokratie-Politik. Man hat halt vier Jahre, da wird versucht, möglichst viel in die Gänge zu bringen und zu pushen und so danach, na ja, hofft man, dass man wieder drankommt und weitermachen kann oder es zum Selbstläufer wird. So riecht das.

Sebastian Dullien:

Ja, wobei es ja selbst schwierig ist, wenn man jetzt danach wieder noch mal drankommt, müsste man sich neue kreative Ideen einfallen lassen, wo man das Geld herbekommt. Also es ist so ein bisschen, ja, zum Teil ist das natürlich einer Demokratie inhärent, dass man einen nicht so langen Planungshorizont hat. Aber zum Teil liegt es auch einfach daran, dass wir diese Schuldenbremse in der Art im Grundgesetz haben und das jetzt eben probiert wird, die Flexibilität zu nutzen, die sie hat.

Marco Herack:

Eine Lösung könnte ja sein, und das habt ihr ja auch prognostiziert, dass es ab 2022 jetzt rapide bergauf geht mit der Wirtschaft und dann natürlich auch darüber hinaus und dadurch dann sich ganz viele Spielräume wieder ergeben. Da bleibt ihr jetzt auch dabei? Wir haben jetzt gerade so eine schwierige Phase, aber die Prognose steht noch für 2022?

Sebastian Dullien:

Genau. Also wir haben die jetzt nicht angefasst. Wir haben ja vor Weihnachten unsere Prognose veröffentlicht. Das machen wir vier Mal im Jahr. Aber ich würde jetzt auch im Moment dabei bleiben. Wir gehen von 4 1/2 Prozent Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr aus und wir hatten schon in der Prognose zu Weihnachten drin, dass Omikron die Wirtschaftsaktivität über den Winter ausbremsen wird. Jetzt ist die Frage, wie stark das kommt. Das Statistische Bundesamt Destatis hat ja letzte Woche bei den BIP-Zahlen aus dem vergangenen Jahr gesagt, sie sehen ein Minus von 0,5 Prozent bis 1 Prozent im vierten Quartal. Das hatten wir bislang noch nicht gesehen. Und ich bin mir auch nicht sicher, ob das am Ende so bleibt, weil die Unternehmensumfragen deuten eigentlich auf ein bisschen weniger Minus hin. Aber, ja, so oder so, in unserer Analyse trifft halt die Omikron-Welle bislang die Wirtschaft nicht so wie die Welle davor, also auch im letzten Winter, und darum glauben wir, dass der Rückgang oder der Dämpfer kleiner sein wird. Und dann rechnen wir halt damit, dass im Laufe des Jahres diese Lieferkettenprobleme, über die wir auch schon mal gesprochen haben, dass die sich langsam lösen und außerdem haben die Deutschen ziemlich viel Geld gespart, beiseitegelegt in der Corona-Krise und geben in Umfragen, die wir gemacht haben, an, dass sie davon viel ausgeben wollen. Das heißt, wenn mal die Pandemie hoffentlich dann doch irgendwann vorbei ist, endemisch ist, wie auch immer, zumindest in einer Form, dass sie uns wirtschaftlich nicht mehr so behindert, dann rechnen wir eben mit einem ziemlichen Konsum.

Marco Herack:

Und davon, von diesem Wirtschaftswachstum, das uns jetzt droht, müsste ja auch der Arbeitsmarkt profitieren.

Sebastian Dullien:

Genau, der wird dann auch wieder profitieren, dann wird die Arbeitslosigkeit noch ein Stück wieder zurückgehen. Ich meine, ganz so schlimm sieht es ja am Arbeitsmarkt zurzeit auch gar nicht aus, muss man mal ehrlich sein. Also wir haben noch recht viel Kurzarbeit, aber wir haben jetzt nicht einen massiven Anstieg von Arbeitslosigkeit, wie das einige Anfang 2020 befürchtet hatten, als Corona kam. Also das ist ja alles einigermaßen im Rahmen und, ja, viel wird jetzt dadurch passieren im laufenden Jahr, von dem Wachstum, dass eben die Kurzarbeit zurückgefahren wird, aber ein Teil eben dann auch, dass Beschäftigung wieder ausgeweitet wird.

Marco Herack:

Und die Maßnahmen beim Kurzarbeitergeld, wird man die dann noch mal verlängern müssen?

Sebastian Dullien:

Ich wäre da jetzt skeptisch. Ich glaube, ja, vielleicht wird man irgendwie noch mal was verlängern, aber man geht ja inzwischen auch schon da dran, dass man nicht mehr ganz so großzügig ist, wie man am Anfang war. Das macht auch Sinn, weil wir zum Teil ja jetzt auch Kurzarbeit haben, die auf Managementfehler zurückgeht, wo die Unternehmen durchaus auch selber ein bisschen mehr dazu beitragen könnten. Also ich denke jetzt an die Automobilindustrie, die dicke Gewinne macht, die aber zu wenige Halbleiter bestellt hat oder gekauft hat am Anfang, jetzt keine kriegt und deshalb zu wenig produziert. Also da sind so Bereiche, wo man sich dann fragen muss, wie lange man die noch vollständig dadurch subventioniert. Zumal die ja wahrscheinlich auch nicht so die Leute raussetzen würden, wenn sie wissen – die haben ja volle Auftragsbücher und die Halbleiter kommen bald wieder. Da ist es schon durchaus okay, jetzt ein bisschen auch nachzusteuern. Und das wird auch, denke ich, passieren.

Marco Herack:

Ist es denn dann auch hilfreich, dass die Lohnschwelle für die Minijobs auf 520 Euro ansteigt?

Sebastian Dullien:

Ja, das ist aus unserer Sicht ein großer, großer Fehler und ein Problem in diesem Koalitionsvertrag. Denn alle seriösen Arbeitsmarktforscherinnen und -forscher, die ich so kenne, sagen, dass eigentlich der Minijob ein ziemlich schädliches Instrument ist, weil es Leute dazu bringt, ein einer marginalen Teilzeit zu arbeiten, wo es oft keine Aufstiegsmöglichkeiten gibt, wo auch oft unter der Qualifikation gearbeitet wird. Diese Grenze zu erhöhen, bedeutet halt, dass man da das leichter macht, da drin zu bleiben. Eigentlich brauchen wir was anderes. Eigentlich brauchen wir für die deutsche Wirtschaft, dass Arbeitskräfte potenziell stärker genutzt werden, weil das auch Frauen, die sind ja ganz oft in diesen Minijobs in der marginalen Beschäftigung, dass die auch mehr arbeiten, bessere Jobs bekommen. Und da geht das genau in die falsche Richtung.

Marco Herack:

Also du hättest es lieber gesehen, dass die 450 Euro bleiben und dann durch den gestiegenen Mindestlohn wiederum die potenzielle Arbeitszeit für die Minijobs absinkt und dann in der nächsten Schleife dadurch der Anreiz höher ist, die Leute in richtige Lohnarbeit zu bringen.

Sebastian Dullien:

Also ich meine, das hätte man machen können, aber ehrlich gesagt, noch besser wäre natürlich gewesen, dass man die Minijobs einfach ganz abgeschafft hätte.

Marco Herack:

Das ist aber illusorisch gewesen jetzt, oder?

Sebastian Dullien:

Das ist illusorisch gewesen, klar, aber man muss sich mal fragen, dieses Argument der Verwaltungsvereinfachung, das sehe ich für einen Privathaushalt. Wenn man da eine Haushaltshilfe einstellt, glaube ich, hat der Minijobs eine gewisse Berechtigung, weil man sagt, Privathaushalte haben keine Lohnbuchhaltung und daher ist es einfach sehr gut, so ein sehr einfaches Verfahren zu haben, um die Schwarzarbeit zu vermeiden. Aber bei den Unternehmen, die haben alle eine Lohnbuchhaltung. Es gibt eigentlich überhaupt gar keinen Grund, warum die auf Minijobs zurückgreifen müssen, außer dass die hoffen, dass sie dann eine andere Flexibilität haben, die Leute schneller loswerden können oder wie wir in der Pandemie zum Teil gesehen haben, auch einfach die Arbeitszeit dann reduzieren können und das im Grunde auf die Beschäftigten abwälzen können. Wir haben ganz viele Sachen gesehen in der Pandemie, wo es bei Minijobs einfach falsch läuft. Also auch Minijobs sind ja nicht kurzarbeitsfähig gewesen. Das heißt, da war überhaupt keine Absicherung für die Beschäftigten dabei. Und alles das sind natürlich Probleme und da wäre es eigentlich schön gewesen, wenn man das mal löst.

Marco Herack:

Ist aber, denke ich, im Sinne der Ampelkoalition eine völlig verständliche Lösung, die man da gefunden hat. Also das wurde einfach austariert zwischen denen. Denkt man zumindest.

Sebastian Dullien:

Klar. Also am Ende, man kann das ja alles erklären, man muss es ja trotzdem nicht gut finden.

Marco Herack:

Ja, ja, natürlich. Was ich sehr spannend finde ist, dass vor lauter Freude über diese Ampel, über die wir jetzt schon mehrfach gesprochen haben, kaum über Europa gesprochen wurde. Also da gibt es so diverse Signale, was die da vielleicht vorhaben oder in welche Richtung das gehen könnte. So richtig weiß man eigentlich nicht, was die wollen und vorhaben. Das ist halt insofern sonderbar, finde ich, als dass ja gerade durch Corona in Sachen Europa sehr viel angestoßen wurde. Reden immer wieder über die Finanzierung, da muss es ja auch irgendwie weitergehen, die europäischen Hilfsprogramme. Hast du da eine Idee, in welche Richtung das gehen wird? Oder du hast aber zumindest eine Meinung sicherlich, in welche Richtung es

gehen muss?

Sebastian Dullien:

Also ich würde auch, wie du eben schon angesprochen hast, was wir bislang über die Europapolitik der Ampelkoalition wissen, das würde ich auch als Kompromiss der verschiedenen Ampelpositionen interpretieren. Also wir wissen ja, dass die Grünen zum Beispiel ein größeres Gewicht für Europa haben möchten und die FDP hat gesagt, sie möchte, dass diese Aufbau- und Resilienzfazilität, also das Kernelement von dieser Strategie, den europäischen Wirtschaften nach Corona zu helfen, indem man gemeinsame Kredite aufnimmt auf europäischer Ebene und das in den Mitgliedsstaaten investiert. Da hat die FDP gesagt, das muss eben einmalig bleiben, das soll dann eben auslaufen. Und bei den Grünen und bei der SPD gibt es gewisse Stimmen, die sagen, na ja, das wäre eigentlich schön, darauf aufzubauen, weil wir dann endlich für die Eurozone auch so was wie eine einheitliche oder zentrale Finanzpolitik bekommen könnten. Und was jetzt in dem Koalitionsvertrag drinsteht, ist, dass diese Fazilität einmalig ist – nein, nicht einmalig ist, sondern dass die ausläuft wie geplant. Aber das bedeutet natürlich nicht, da habe ich mich versprochen, das bedeutet aber natürlich nicht, dass sie unbedingt einmalig sein muss. Sondern man könnte eigentlich sagen, die läuft aus, aber wir nehmen das als Modell für was anderes. Und da haben sie eben nichts zu gesagt bislang.

Das Ähnliche gilt für die Fiskalregeln. Wir haben hier auch schon mehrfach darüber gesprochen, dass wir eigentlich eine Reform der Fiskalregeln brauchen. Das wird auch auf europäischer Ebene diskutiert, weil der Abbaupfad der Schulden, der da angelegt ist, ein Zwanzigstel von dem Abstand der Schuldenquote, die man gerade hat, zu den 60 Prozent aus dem Maastricht-Vertrag pro Jahr. Das ist einfach zu viel für ein Land wie Italien. Wenn du 150 Prozent Schuldenstand jetzt hast, dann bedeutet das ja, 150 minus 60 sind 90 durch 20, das sind 4 1/2 Prozent des BIPs an Schuldenabbau pro Jahr. Das ist für ein Land wie Italien einfach nicht machbar. Und da sind sich alle einig, dass da was gemacht werden muss. Die Frage ist jetzt, was man da macht. Und da sagt auch Christian Lindner und auch im Koalitionsvertrag steht dann immer irgendwie drin, ja, gibt da Flexibilitäten und an dem EU-Vertrag soll nicht gerüttelt werden. Nur damit hat man relativ viel Spielraum noch.

Das kann halt heißen, ich ändere gar nichts oder ich ändere alles, was ich ändern kann, ohne den Vertrag anzupacken. Und da kann man sehr, sehr viel machen, wenn man da weitergeht. Und ich würde es halt interpretieren auch als einen Kompromiss in der Ampel, dass sie sich bislang noch nicht festgelegt haben öffentlich, was sie da tun werden, so ein bisschen wie bei der Schuldenbremse. Man sagt, man fasst die Schuldenbremse nicht an, aber man nutzt alle Flexibilitäten. Und so was Ähnliches könnten wir dann vielleicht auch auf europäischer Ebene sehen.

Marco Herack:

Also das ist tatsächlich so ein Feld, was sehr, sehr ungewiss ist und bleibt, was aber natürlich jetzt auch nicht sonderlich schön ist, weil irgendwie muss man ja auch da in die Zukunft planen.

Sebastian Dullien:

Klar. Das stimmt schon. Wir wissen natürlich auch nicht, was die Koalitionspartner

jetzt mündlich noch irgendwann besprochen haben, was vielleicht nicht in dem Koalitionsvertrag drinsteht.

Marco Herack:

In den deutschen Debatten haben wir dann eher so das Thema EZB und die Zinspolitik. Das war jetzt gerade just die Tage wieder recht intensiv diskutiert. Da gibt es dann so lustige Chefökonominnen von diversen Banken, die meinen, reiche Leute würden die Inflation durch ihre Sparrücklagen ausgleichen. Was natürlich Quatsch ist, weil im Regelfall verdienen die so viel, dass die halt einfach weniger sparen.

Sebastian Dullien:

Ja, ja. Die sparen immer noch.

Marco Herack:

Und ihre Sparrücklagen aufzehren. Jedenfalls, also diese Debatte ist in Deutschland immer wieder sehr intensiv. Und die EZB hat jetzt signalisiert, na ja, wir bleiben eigentlich auf dem Pfad, den wir gesagt haben, dass wir ihn gehen werden. Das heißt, man sieht jetzt noch keine Zinserhöhungen am Horizont, aber ist natürlich dann die Frage, ob das richtig ist.

Sebastian Dullien:

Also was die EZB da bislang gemacht hat und auch, was sie angekündigt hat, ist eigentlich richtig, nämlich die EZB sagt, im Moment sieht sie vor allem Sonderfaktoren, die die Inflation treiben. Und da macht es keinen Sinn, die Zinsen deswegen jetzt zu erhöhen, weil die Sonderfaktoren, das ist die Hoffnung, dass die von alleine wieder verschwinden. Sonderfaktoren sind zurzeit für Deutschland einmal noch die Mehrwertsteuersenkung, die temporäre im zweiten Halbjahr 2020, die dann dazu geführt hat, dass jetzt die gemessene Inflation im letzten halben Jahr noch mal etwas mehr als einen Prozentpunkt höher war. Dann haben wir Energiepreisanstiege, die einfach, selbst wenn sie jetzt sich einfach nur nicht mehr wiederholen, sondern die Energie teuer bleibt, dann läuft das aus der Inflationsrate raus und dann haben wir die Lieferkettenprobleme. Und all das treibt zurzeit halt schon die Teuerung. Die EZB sagt halt – und das finden wir richtig, dass die das so sieht – dass das alles Sachen sind, wo sie eigentlich nichts gegen tun kann. Also die kann jetzt natürlich die Zinsen erhöhen, aber davon gibt es auch nicht mehr Halbleiter.

Marco Herack:

Also du bist nicht der Meinung, dass die EZB die russischen Gaslager füllen wird.

Sebastian Dullien:

Nein, ich glaube, dass die Zinserhöhungen nicht die russischen Gaslager füllen würden. Nein. Aber Spaß beiseite, natürlich könnte man jetzt sagen, die EZB soll deswegen die Zinsen erhöhen und dann werden andere Sachen halt billiger. Nur man muss sich halt angucken, was der Mechanismus davon ist. Der Mechanismus ist ja, dass dann für alles weniger Nachfrage da ist. Wir haben weniger Wachstum, weniger Beschäftigung und dann hofft man, dass das irgendwo anders Preise senkt. So was verursacht Kollateralschäden. Und das will die EZB zurzeit verhindern,

zumal Geldpolitik ja eh mit einer Verzögerung von irgendwie vier bis sechs Quartalen voll wirkt. Und das heißt, eine Zinserhöhung jetzt würde dann wirken – voll wirken – wenn möglicherweise diese anderen Effekte schon wieder abklingen. Und darum finden wir das richtig, dass solange man nicht sieht, dass die Inflation jetzt irgendwie überspringt auf übertriebene Lohnabschlüsse, die EZB eben da abwartet, zumal nach der eigenen Prognose ja auch die Inflation bei denen Mitte 2023 oder so wieder unter die 2 Prozent fällt.

Marco Herack:

Also ich glaube, es gibt wirklich nur zwei Felder, in denen man so ein bisschen streiten könnte, wie sich das entwickeln wird. Einmal das sind die Lieferketten, wo dann auch immer die Frage ist; wenn die sich normalisieren, gehen dann auch die Preise runter oder eben auch nicht. Das wäre dann ja in der Marktlogik die Frage, ist die Konkurrenz groß genug, als dass die Preise dann auch sofort wieder mit nach unten gehen. Und das Zweite sind ja die Löhne, die ja auch steigen müssten, um dann diese Spirale auszulösen. Und wissen wir da, wie sich die Löhne in 2021 entwickelt haben?

Sebastian Dullien:

Erste Zahlen oder erste Schätzungen haben wir schon. Die sind ja wahrscheinlich schon relativ genau. Also 2021 ist der Lohnanstieg in Deutschland deutlich unter 3 Prozent gewesen. Ich sage jetzt 3 Prozent, weil das ist das, wo wir immer sagen, im Trend ist Nominallohnanstieg pro Stunde von 3 Prozent für die gesamte Wirtschaft in Ordnung. Es ist das Inflationsziel der Europäischen Zentralbank plus so der Trend des Trendproduktivitätswachstums. Und da gehen wir von knapp 1 Prozent aus und dann 2 Prozent Inflation sind eben diese 3 Prozent. Und da lagen wir ein ganzes Stück drunter in 2021. Und wir sehen da eine gewisse Beschleunigung 2022, weil da auch was nachgeholt wird. Wir hatten ja zum Beispiel jetzt auch in der Corona-Pandemie ein paar Branchen, wie der eine Metallabschluss, die ja im Grunde Nullrunden waren. Da ist nichts passiert. Und das heißt, wir sehen da eine gewisse Beschleunigung 2022, aber wir sehen da jetzt nicht, dass das irgendwo so deutlich über 3 Prozent gehen würde, dass das eine Gefahr für die Preisstabilität werden könnte.

Marco Herack:

Da ist es dann mehr oder weniger auch ruhig oder halt im Rahmen dessen, was ja ohnehin sein müsste. Dann bleiben ja nur noch die Lieferketten, auf die man wirklich einwirken könnte und wo man die Fragezeichen hat.

Sebastian Dullien:

Genau. Klar, da kann man sich jetzt drüber streiten. Die Automobilhersteller haben jetzt sehr wenig Rabatte gegeben, weil also die haben volle Auftragsbücher, die Menschen möchten Autos haben. Und wer jetzt ein Auto haben möchte, das dringend haben möchte, ist dann eventuell auch bereit, ein bisschen mehr zu zahlen. Das sehen wir eben dann auch an den Preisen für Autos in den Inflationszahlen. Klar, da kann man jetzt drüber diskutieren, schaffen die es danach, die weiter durchzusetzen. Da würde ich jetzt sagen, ja, vielleicht noch einen Moment, aber wenn dann wieder genug Autos da sind und vielleicht freie Produktionskapazitäten bei allen Herstellern, dann ist da schon auch die

Konkurrenzsituation so, dass das sich, glaube ich, wieder ändert und wieder Rabatte vergeben werden. War ja in der Vergangenheit auch so. Ist in der Vergangenheit ja eigentlich nie gelungen, dass einfach nur aus dem Stand bei bestehenden Kapazitäten, die ihre Preise hochgehalten haben.

Marco Herack:

Wie stehst du denn zu diesem Begriff der grünen Inflation, der jetzt so aufgekommen ist? Also eine Inflation, die entsteht, weil wir Umweltmaßnahmen ergreifen, sei es durch CO₂-Besteuerung, sei es durch „Rettet die Moore“-Geldpolitik. Also wo man einfach Geld ausgibt, damit etwas sich verbessert und dadurch steigen aber auch die Preise für die Verbraucherinnen.

Sebastian Dullien:

Also gewisser Weise werden wir natürlich einen Preiseffekt durch die Dekarbonisierung, zumindest am Anfang. Was wir ja jetzt tun, wir machen Energie ein bisschen teurer – oder fossile Energie – und hoffen, dass dann eben mehr erneuerbaren Energien produziert werden und wir damit dekarbonisieren. Zum Beispiel jetzt zum Jahresbeginn ist ja wieder die CO₂-Abgabe auf Benzin und Haushaltsenergie gestiegen. Und natürlich schlägt sich das direkt auf Verbraucherpreise nieder. Jetzt sind aber zwei Faktoren. Zum einen gibt es natürlich auch gegenläufige Effekte, weil die erneuerbaren Energien werden ja auch günstiger. Das haben wir die letzten Jahre schon gesehen. Heute ist Solarenergie viel, viel günstiger pro Kilowattstunde zu produzieren als es noch vor drei, vier Jahren der Fall war. Und das heißt, da gibt es technologischen Vorsprung oder technologischen Fortschritt, der möglicherweise auch wieder dämpfend wirkt. Und dann muss man das Ganze mal auch ins Verhältnis setzen. Wir reden jetzt im vergangenen Jahr, als die CO₂-Preise recht üppig angehoben worden sind, also 2021, da haben wir von 0,3 Prozentpunkten der Inflation für Deutschland geredet. Ja und nur mal so zum Vergleich, wir waren jetzt bei 5 Prozent Inflation zuletzt. Und dieses Jahr ist es irgendwie 0,1 Prozentpunkt. Das heißt, die Größenordnung davon ist nicht enorm. Aber natürlich, klar, muss man sich überlegen, was passiert, wenn das jedes Jahr drauf kommt, dann kann sich das schon summieren. Aber im Vergleich zu den Preisschwankungen, die wir durch fossile Energien sehen, ist das echt trivial.

Marco Herack:

Also Robert Habeck hatte ja in seiner Pressekonferenz schon angedeutet, dass man da zumindest mal an die Hartz-IV-Sätze ran müsste, um solche Sachen zu kompensieren. Das war ja etwas, was die Ampel zumindest im Koalitionsvertrag tendenziell ausgeschlossen hatte.

Sebastian Dullien:

Ich glaube ehrlich gesagt nicht.

Marco Herack:

Nicht?

Sebastian Dullien:

Also ich habe den Koalitionsvertrag da anders gelesen. Ich dachte ...

Marco Herack:

Sie hat zumindest nicht gesagt, wir erhöhen sie, was ja auch immer heißt, es ...

Sebastian Dullien:

Ja, aber ich glaube, dass da auch ... da war ja eine Prüfung von dieser Klimaprämie drin. Also das, was du gerade sagst, widerspricht auch nicht unbedingt dem, was ich vorher gesagt habe. Also selbst wenn wir jetzt im Durchschnitt für alle Haushalte nur einen recht kleinen Effekt haben, trifft es natürlich die ärmeren Haushalte schon stärker. Und da muss man dann schon gucken, wie man das auch einfach ausgleicht, weil die haben ja oft keine Ersparnis. Die geben alles aus, was sie rein kriegen. Das heißt, sie können eigentlich nur durch Verzicht dann irgendwie reagieren. Und wenn man sagt, das möchte man nicht und man sagt, Hartz IV ist bislang existenzsichernd, da muss man natürlich einen Ausgleich dafür finden.

Marco Herack:

Und es würde natürlich auch die Geringverdienerinnen betreffen.

Sebastian Dullien:

Genau. Genau.

Marco Herack:

Dann kommen wir mal zum Schluss. Sind wir jetzt an dem Punkt, an dem man sagen kann, 2022 ist ein Schlüsseljahr?

Sebastian Dullien:

Ja, das würde ich schon so sehen. Denn wenn diese Koalition 2022 nicht diese Investitionen auf den Weg bringt, die notwendig sind, die öffentlichen Investitionen, dann würde ich sagen, dann gibt es auch keinen Grund zu erwarten, dass sie das die nächsten drei Jahre ihrer Regierungszeit hinbekommen. Also weil üblicherweise ja bei so Regierungen, so große neue Dinge werden meistens von Anfang der Legislaturperiode eingetütet. Die brauchen ja auch einfach Zeit, um dann umgesetzt zu werden. Und von der Betrachtung her ist das schon jetzt tatsächlich ein Schlüsseljahr.

Marco Herack:

Sebastian Dullien, ich danke dir für das Gespräch.

Sebastian Dullien:

Ja, danke Marco, für die nette Moderation mal wieder.

Marco Herack:

Und wenn ihr uns dazu noch etwas mitteilen möchtet, dann könnt ihr das tun; systemrelevant@boeckler.de ist unsere E-Mailadresse. Ihr erreicht uns auf Twitter als [@boeckler_de](https://twitter.com/boeckler_de). Also Hinweise, Korrekturen und Anregungen bitte einfach einsenden. Und wir freuen uns natürlich auch, wenn ihr uns auf einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Wenn ihr Twitter nutzt, findet ihr Sebastian als [@SDullien](https://twitter.com/SDullien), also Sebastian Dullien, auf Twitter. Und die Böckler-Stiftung hat auch einen Instagram-Account. Sucht da mal nach uns.

Sebastian Dullien:

Ach wirklich?

Marco Herack:

Ja.

Sebastian Dullien:

Nein, den kenne ich auch nicht, aber das liegt daran, dass ich kein Instagram-Nutzer bin.

Marco Herack:

Ja, da gab es mal ein Bild von einem Systemrelevant-Poster.

Sebastian Dullien:

Dann suche ich da auch mal.

Marco Herack:

Ja. Also ist schon ein bisschen her, vom letzten Jahr noch, aber irgendwo, ich glaube, im November oder September. Keine Ahnung, ich bin schon zeitlich völlig raus. Da findet ihr das. Euch viel Spaß. Noch eine schöne Woche, bis bald. Tschüss.

Sebastian Dullien:

Tschüss.